

Tarifvertrag Bundesfernstraßenreform

Ständige Arbeitsgruppe entwickelt erste Eckpunkte

Mit der ersten Sitzung der so genannten Ständigen Arbeitsgruppe zur Bundesfernstraßenreform hat am 7. August 2018 im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Arbeit begonnen. Der Bund sagte zu, als einen zentralen Baustein für die anschließenden Tarifverhandlungen eine Arbeitsortgarantie mit sozialer Absicherung im Tarifvertrag zu verhandeln. Ein deutlicher Dissens bestand jedoch bei der Wahrung der paritätischen Mitbestimmung im Gesellschaftsvertrag.



Arbeitsgruppe bereitet Tarifverträge vor

Die Ständige Arbeitsgruppe soll die Tarifverhandlungen sowie die weiteren Übertragungsprozesse bei der Gründung der Infrastrukturgesellschaft sowie des Fernstraßenbundesamtes vorbereiten und Eckpunkte für die anschließenden Tarifverträge bis Ende Oktober 2018 erarbeiten. Darüber hinaus sollen dort alle beamten- und mitbestimmungsrechtlichen Fragestellungen behandelt werden. Für den dbb nahmen an der ersten Sitzung im BMVI der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, Andreas Hemsing, Geschäftsführung dbb Bundestarifkommission (BTK) und Bundesvorsitzender kombi gewerkschaft, Hermann-Josef Siebigtheroth, Geschäftsführung BTK und Bundesvorsitzender VDStr., Jan-Georg Seidel, Bundesvorsitzender BTB, Frank Nichtitz, Landesvorsitzender VDStr. Nordrhein-Westfalen und Mitglied der BTK, sowie Roland Kristeleit, Landesvorsitzender VDStr. Brandenburg und Mitglied der BTK, teil.

Noch viel Konfliktstoff

„Ohne ein grundsätzliches Entgegenkommen der Arbeitgeberseite in den wichtigen Fragen wird eine tragbare Lösung der vielen und komplexen Einzelprobleme beim Übergang der Beschäftigten auf den Bund nicht möglich sein“, machte Volker Geyer gegenüber den Vertretern des Bundes unmissverständlich klar. Dass die Gespräche noch viel Konfliktstoff bieten werden, zeigte sich bereits in der ersten AG-Runde: Zwar konnte der dbb erreichen, dass im Hinblick auf das Standortkonzept die Verpflichtung des Bundes eingehalten werden soll, eine Arbeitsortgarantie mit sozialverträglichen Kriterien zu verhandeln. Diese soll als ein entscheidender Eckpunkt für die anschließenden Tarifverhandlungen festgeschrieben werden.



Die Kommissionen der Gewerkschaften, links, und der Arbeitgeberseite, rechts

Demgegenüber verlief die Diskussion über den vom Bund vorgelegten Entwurf des Gesellschaftsvertrags zur Gründung der Infrastrukturgesellschaft denkbar kontrovers. Nach den Plänen der Arbeitgeberseite wäre die Arbeitnehmermitbestimmung im Aufsichtsrat von Anfang an ausgeschlossen. Zudem schreibt der Entwurf eine Zustimmung des

dbb aktuell



Herausgeber:
dbb beamtenbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin
Verantwortlich:
Volker Geyer
Fachvorstand Tarifpolitik
Fotos: dbb



v.l.n.r.: Hermann-Josef Siebigteroth, VDStr., Frank Nichtitz, VDStr. Nordrhein-Westfalen, Andreas Hensing, komba gewerkschaft, Volker Geyer, dbb, Jan-Georg Seidel, BTB, Roland Kristeleit, VDStr. Brandenburg

Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung zu Tarifverträgen zwischen der Geschäftsführung und den Gewerkschaften vor, was beim dbb auf großes Unverständnis stieß. „Fehlt eine paritätische Besetzung im Aufsichtsrat, liegt quasi ein klares Misstrauensvotum gegenüber der Arbeitnehmerseite vor. Das ist nicht nur zum jetzigen Zeitpunkt für die verunsicherten Beschäftigten ein vollkommen kontraproduktives Signal“, kritisierte Geyer.

Diskussion zum Datenschutz

Anschließend diskutierten die Teilnehmer über den Datenschutz und die Beteiligung der Personalräte bei den ergänzenden Mitteilungen der obersten Straßenbaubehörden der Länder. Auch soll die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in den Prozess schnellstmöglich eingeschaltet werden. Des Weiteren kündigte der Bund eine deutliche Reduzierung der Datenabfrage sowie eine Anonymisierung der abgefragten Datenmenge an.

Am 25. September 2018 werden die Gespräche in der Arbeitsgruppe im BMVI fortgesetzt. Dann sollen unter anderem die Gestellungsverträge für die nicht wechselbereiten Beschäftigten sowie die Zukunft der Ausbildung Thema sein.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Beschäftigt als*:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
 Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
 Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 4081-5400, Fax: 030. 4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de